

## **Fall 1 / Lösung**

### Strafbarkeit von Otto wegen § 84 Abs 4 StGB

O fügt dem Obdachlosen eine schwere Verletzung (Unterleibsschuss) am Körper zu. Der objektive Tatbestand des § 84 Abs 4 StGB ist problemlos erfüllt. O handelt hinsichtlich der (leichten) Verletzung vorsätzlich: Er hält es ernstlich für möglich und findet sich damit ab, dass der Obdachlose durch seinen Schuss verletzt werden könnte; für die schwere Verletzung genügt Fahrlässigkeit, die problemlos bejaht werden kann.

Auf Rechtswidrigkeitsebene ist § 3 StGB zu prüfen. Es liegt kein Angriff auf ein notwehrfähiges Rechtsgut vor, da der Obdachlose nichts weggenommen hat. Es mangelt an der Notwehrsituation. O glaubt, dass er bestohlen wird. Er glaubt daher an das Vorliegen einer Notwehrsituation. Es ist § 8 StGB zu prüfen: O geht davon aus, dass ihm Vorräte im Wert von EUR 50 weggenommen werden. € 50 stellen jedenfalls einen geringfügigen Nachteil iSd § 3 Abs 1 Satz 2 StGB dar. Zu prüfen ist die hypothetische Rechtfertigungshandlung: Die Unfugabwehr lässt eine bloß angemessene Verteidigung zu. Zur Prüfung der Angemessenheit ist eine beschränkte Güterabwägung durchzuführen. Im vorliegenden Fall hat O nicht angemessen gehandelt, da eine Schussverletzung in einem krassen Missverhältnis zu einem Nachteil von € 50 steht. § 8 StGB kommt O daher nicht zugute. Auf Schuldebene stellen sich keine Probleme. O ist daher strafbar gem § 84 Abs 4 StGB.

### Strafbarkeit von Otto wegen § 84 Abs 5 Z 1 StGB

Durch den Einsatz der Pistole handelt O auf eine Weise, mit der Lebensgefahr verbunden ist. Denn auch bei einem gezielten Schuss auf die Beine bestehen entsprechende Risiken.<sup>1</sup> O ist daher auch (in echter Konkurrenz) gem § 84 Abs 5 Z 1 StGB zu bestrafen.

### Strafbarkeit von Otto wegen § 86 Abs 2 StGB

O schießt mit Verletzungsvorsatz auf den Obdachlosen; der Erfolg, nämlich der Tod des Obdachlosen, ist eingetreten. Der Tod muss aber der Verletzungshandlung zurechenbar sein. Hier ergeben sich Probleme im Bereich des Risikozusammenhangs: O lässt den Verletzten mit Mordvorsatz liegen. Grundsätzlich ist ein Unterlassen nicht geeignet, den Risikozusammenhang zu unterbrechen. Bei einem (auch auf den Erfolg gerichteten) vorsätzlichen Unterlassen durch Ingerenzgaranten wird von der überwiegenden Ansicht eine Durchbrechung des Risikozusammenhangs angenommen. Daher ist eine Strafbarkeit nach § 86 Abs 2 StGB zu verneinen. Es bleibt bei einer Strafbarkeit des O nach § 84 Abs 4 und Abs 5 Z 1 StGB.

Folgt man nicht dieser Meinung, entfällt auf Konkurrenzebene eine Strafbarkeit nach § 86 Abs 2 StGB, weil derselbe Erfolg nicht ein und derselben Person doppelt zugerechnet werden darf. Der Tod wird §§ 2, 75 StGB zugerechnet; daher entfällt die Strafbarkeit nach § 86 Abs 2 StGB.

### Strafbarkeit von Otto wegen §§ 2, 75 StGB

O hat Garantenstellung aufgrund Ingerenz. Durch die Verletzung des Obdachlosen hat er ein gefahrbegründendes Vorverhalten gesetzt. Quasikausalität ist gegeben: Denkt man sich die baldige Versorgung durch O hinzu, hätte der Obdachlose laut Sachverhalt mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit gerettet werden können. Das spätere Unterlassen des H unterbricht den Risikozusammenhang nicht, denn ein schlichtes, wenn

---

<sup>1</sup> In der Jud wurde dies verneint (vgl SS 47/70).

auch vorsätzliches Unterlassen iSd § 95 StGB durchbricht nach hA nie den Risikozusammenhang. O handelt vorsätzlich, denn laut Sachverhalt ist ihm bewusst, dass der Obdachlose sterben könnte, und durch sein Weggehen findet er sich damit auch ab. Auf der Ebene der Rechtswidrigkeit und der Schuld stellen sich keine Probleme.

O ist demnach strafbar gem §§ 2, 75 StGB.

#### Strafbarkeit von Otto wegen § 94 Abs 1 StGB

O hat die Verletzung des Obdachlosen verursacht, und der Obdachlose ist hilfsbedürftig. O unterlässt durch sein Weggehen die erforderliche Hilfeleistung, obwohl er dazu durchaus in der Lage ist. Sein Vorsatz erstreckt sich auf alle Tatbestandsmerkmale; es ist ihm bewusst, dass er die Verletzung herbeigeführt hat. Es gibt keine Hinweise auf Rechtfertigungs- oder Schuldtausschließungsgründe.

Weiters ist die Todesqualifikation in § 94 Abs 2 StGB zu prüfen. Das Liegenlassen des Verletzten durch O war kausal für dessen Tod, da die erforderliche Hilfeleistung nicht hinzugedacht werden kann, ohne dass auch der Tod mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit entfallen wäre, da eine baldige Versorgung dem Obdachlosen laut Sachverhalt sicher das Leben gerettet hätte.

Da O aber wegen des Verletzungsdelikts gem §§ 84 Abs 4 und 5 Z 1 StGB mit höhere Strafe als wegen § 94 Abs 2 bedroht ist, ist er nach der Subsidiaritätsklausel des § 94 Abs 4 StGB nur wegen des Verletzungsdelikts und nicht auch wegen § 94 Abs 2 StGB zu bestrafen. Im Verhältnis zu §§ 2, 75 wird § 94 Abs 2 StGB kraft Scheinkonkurrenz verdrängt.

O ist somit nach §§ 84 Abs 4 und Abs 5 Z 1 sowie §§ 2, 75 StGB in echter Konkurrenz zu bestrafen.

#### Strafbarkeit von Heinrich wegen § 95 Abs 1 StGB

Durch die Verletzung des Obdachlosen liegt ein Unglücksfall vor. H unterlässt durch sein Weiterfahren, die erforderliche Hilfe für den Obdachlosen zu leisten. H erkennt die Hilfsbedürftigkeit des Obdachlosen und hat Vorsatz auf den gesamten objektiven Tatbestand.

Auf der Ebene der Rechtswidrigkeit und Schuld ergeben sich keine Probleme. Insb ist Abs 2 nicht gegeben: Die Vertuschung eines Ehebruchs ist gegenüber der schweren Verletzung des Obdachlosen kein ins Gewicht fallendes Interesse. Die Hilfeleistung ist dem H daher zumutbar.

H ist strafbar gem § 95 Abs 1 StGB.

Da der Obdachlose letztlich stirbt, ist auch die Todesqualifikation zu prüfen. Diesbezüglich fehlt es aber an der Quasikausalität: Denkt man sich die Hilfe durch H hinzu, wäre der Tod laut Sachverhalt nicht mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit entfallen. H ist nicht nach der Todesqualifikation des § 95 Abs 1 StGB zu bestrafen.